

**Bekanntmachung  
des deutsch-russischen Abkommens  
über die Lieferung hochangereicherten Urans  
für den Forschungsreaktor München II**

Vom 4. Februar 1999

Das In Bonn am 8. Juni 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Lieferung hochangereicherten Urans für den Forschungsreaktor München II ist nach seinem Artikel 6

am 8. Juni 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Februar 1999

**Auswärtiges Amt  
im Auftrag  
Dr. Hilger**

**Abkommen**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Russischen Föderation**  
**über die Lieferung hochangereicherten Urans für den Forschungsreaktor München II**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Russischen Föderation –

im weiteren „Seiten“ genannt,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung zu entwickeln,

gestützt auf den Vertrag vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Industrie und das Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit,

unter Berücksichtigung dessen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Russische Föderation Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Mitglieder der internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der Gruppe Nuklearer Lieferländer sind –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Die russische Seite liefert bis zu 1.200 (eintausendzweihundert) Kilogramm Uran mit einer Anreicherung von über 90 Prozent des Isotops Uran 235 (im weiteren „Material“ genannt), einschließlich einer ersten Lieferung von bis zu 400 (vierhundert) Kilogramm Uran, zur Herstellung von Brennelementen, die im Forschungsreaktor München II während seiner gesamten Betriebsdauer eingesetzt werden.

Die russische Seite erhebt keine Einwände dagegen, dass die deutsche Seite aus dem von der russischen Seite gelieferten Material in der Französischen Republik oder dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland Brennelemente herstellen lässt.

Der abgebrannte nukleare Brennstoff kann sowohl in der Russischen Föderation als auch in der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Russischen Föderation bzw. der Bundesrepublik Deutschland sowie bei gegenseitigem Einvernehmen

zwischen beiden Vertragsparteien in einem Drittstaat wiederaufgearbeitet werden. Wird eine Wiederaufarbeitung des abgebrannten nuklearen Brennstoffs in der Russischen Föderation vereinbart, schließen beide Vertragsparteien ein gesondertes Abkommen, in dem die Modalitäten der Wiederaufarbeitung festgelegt werden.

**Artikel 2**

Zuständige Stellen im Sinne dieses Abkommens sind:

auf deutscher Seite:

- das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland,

auf russischer Seite:

- das Ministerium der Russischen Föderation für Atomenergie.

Vertreter beider Vertragsparteien können zur Erörterung von Fragen der Umsetzung dieses Abkommens Konsultationen abhalten.

**Artikel 3**

Die deutsche Seite stellt sicher, dass das von der russischen Seite erhaltene Material sowie das Kernmaterial und die nicht-nuklearen Stoffe, die auf seiner Grundlage oder durch seine Nutzung hergestellt werden, nicht zur Herstellung von Kernwaffen und sonstigen Kernsprengkörpern oder für militärische Zwecke verwendet werden.

Das Material, das die russische Seite der deutschen Seite übergibt, und das auf seiner Grundlage oder durch seine Nutzung hergestellte Kernmaterial

- werden während des gesamten Zeitraumes ihrer tatsächlichen Nutzung der Kontrolle (den Sicherungsmaßnahmen) der IAEO unterstellt nach Maßgabe des Abkommens mit der IAEO über Sicherungsmaßnahmen, die alle friedlichen nuklearen Tätigkeiten der Bundesrepublik Deutschland umfassen (INFCIRC 193);
- werden ausschließlich zu dem in Artikel 1 genannten Zweck verwendet;
- werden durch Maßnahmen des physischen Schutzes auf einem Stand, der nicht unter dem von der IAEO empfohlenen Stand liegt, geschützt;
- werden nur mit schriftlichem Einverständnis der russischen Seite wiederausgeführt (ausgeführt) oder aus der Hoheitsgewalt der deutschen Seite weitergegeben. Die Bedingungen für die Ausfuhr oder Wiederausfuhr bestimmen beide Seiten in gegenseitigem Einvernehmen nach Maßgabe ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung und nationalen Rechtsvorschriften.

**Artikel 4**

Dieses Abkommen läßt die Verpflichtung der beiden Seiten aus völkerrechtlichen Verträgen, die sie vor Unterzeichnung dieses Abkommens geschlossen haben, unberührt; dies gilt insbesondere hinsichtlich der Verpflichtungen, welche der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Zugehörigkeit zur Europäischen Atomgemeinschaft erwachsen.

**Artikel 5**

Die konkreten Bedingungen für die Lieferungen nach Maßgabe des Artikels 1 sind Gegenstand gesonderter kommerzieller Verträge zwischen der deutschen Firma

Nukem und der russischen Techsnabexport AG. Die zur Durchführung der kommerziellen Verträge benannten Firmen können nach schriftlicher Mitteilung der jeweils zuständigen Stellen durch andere ersetzt werden.

**Artikel 6**

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert sich das Abkommen stillschweigend um jeweils zehn Jahre, sofern es nicht von einer Seite mit einer Frist von mindestens fünf Jahren vor Ablauf der Geltungsdauer gegenüber der anderen Seite schriftlich gekündigt wird.

Nach Außerkrafttreten dieses Abkommens gelten die Inhalte seines Artikels 3 fort.

Geschehen zu Bonn am 8. Juni 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
**Kinkel**

Für die Regierung der Russischen Föderation  
**Jewgeni Olegowitsch Adamow**